

Medienmitteilung

Freitag, 23. März 2007

Universaldienst der Post einmal mehr überfinanziert

Unabhängige Studie zu den Auswirkungen der Postmarktöffnung gefordert

economisesuisse nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Schweizerische Post im Jahre 2006 erneut einen glänzenden Abschluss erzielte. Mit einem Konzerngewinn von über 800 Millionen Franken schreibt sie zum neunten Mal in Folge schwarze Zahlen. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht nur den begrüssenswerten Restrukturierungsbemühungen der Konzernleitung zu verdanken, sondern stammt für einen nicht unwesentlichen Teil aus der sehr lukrativen Monopolrente. Es ist damit zu rechnen, dass der Postregulator auch dieses Jahr eine deutliche Überfinanzierung des Universaldienstes der Post ausweist. Damit tragen Jahr für Jahr die Kunden die Kosten des fehlenden Wettbewerbs.

Trotz glänzendem Abschluss klagt die Schweizerische Post über hypothetische Folgen für das Unternehmen bei einer Marktöffnung. Angesichts der überaus komfortablen Ertragsausgangslage des Universaldienstes erachtet economisesuisse diese Optik als einseitig und für die Ausrichtung der künftigen Postmarktpolitik ungeeignet. Insbesondere werden die betriebswirtschaftlichen Vorteile und Nutzen der aktuellen marktbeherrschenden Position ausgeblendet. Für potenzielle Konkurrenten stellt die vorhandene ausgebaute Infrastruktur des Monopolisten – mit ihren zahlreichen Verbundeffekten – eine nicht zu unterschätzende Markteintrittsbarriere dar. Ferner bleiben die Schlüsse einer vor einem Jahr veröffentlichten Studie von economisesuisse unwidersprochen: der Universaldienst ist und bleibt bei einer Marktöffnung weiterhin finanziell solid sichergestellt. Deshalb darf die Frage der Erfüllung und Finanzierung der postalischen Grundversorgung nicht mit sonstigen Aktivitäten der Post vermischt werden. economisesuisse hat allerdings Verständnis für die Forderung nach mehr unternehmerischer Freiheit. Der Dachverband der Wirtschaft unterstützt deshalb alle Bemühungen zur Befreiung der Post aus ihren politischen Fesseln.

Im Interesse einer unparteiischen Weiterentwicklung der Postmarktordnung fordert economisesuisse das UVEK auf, endlich die Auswirkungen der kompletten Marktöffnung auf die Finanzierung des postalischen Universaldienstes durch eine unabhängige, fachlich anerkannte Stelle prüfen zu lassen. Ohne Kenntnis dieser Fakten dürfte jede Neuordnung auf verzerrten Grundlagen beruhen.

Rückfragen:

Pascal Gentinetta

Telefon: 044 421 35 12

pascal.gentinetta@economisesuisse.ch